Anlage 1

Satzung der Freiwilligen Feuerwehr

- § 1 Name und Sitz
- § 2 Aufgaben
- § 3 Mitgliedschaft
- § 4 Aktive Mitglieder
- § 5 Mitglieder der Reserve
- § 6 Mitglieder außer Dienst
- § 7 Feuerwehrjugend
- § 8 Ehrenmitglieder
- § 9 Ausscheiden aus der Feuerwehr
- § 10 Pflichten und Rechte der Mitglieder
- § 11 Organe
- § 12 Hauptversammlung
- § 13 Feuerwehrausschuss
- § 14 Kommandant
- § 15 Sonstige Dienststellungen
- § 16 Teilnahme an Sitzungen
- § 17 Einnahmen und Gebarung
- § 18 Führung der Kasse und Verwaltung des Vermögens
- § 19 Kameradschaftskasse
- § 20 Inventarverzeichnis
- § 21 Rechnungsabschluss
- § 22 Rechnungsprüfer
- § 23 Schiedsgerichtsbarkeit

§ 1

Name und Sitz

Die „Freiwillige Feuerwehr (Name der Gemeinde bzw. Ortschaft)“ ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat ihren Sitz in (Name der Gemeinde).

§ 2

Aufgaben

- (1) Die Feuerwehr hat die Aufgabe,
- a) als Hilfsorgan der zuständigen Behörde
    - 1. bei Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Bränden einschließlich der Stellung einer Brandsicherheitswache, bei Vorkehrungen für die Brandbekämpfung, bei nachfolgenden Sicherungsmaßnahmen und durch Hilfestellung bei allfälligen Erhebungsmaßnahmen (Brandschutz),
    - 2. bei Rettungs- und Hilfsmaßnahmen zur Verhinderung, Beseitigung oder Minderung der unmittelbaren Auswirkungen von Personen- und Sachschäden, soweit diese Schäden durch Unfälle oder Elementarereignisse eintreten (Katastrophenhilfe) und
    - 3. bei technischen Hilfeleistungen, insbesondere Rettungs- und Hilfsmaßnahmen zur Vermeidung und Abwehr von Gefahren und Beeinträchtigungen für Menschen, Tiere, Sachen und die Umwelt (technische Hilfsdienste), mitzuwirken,
  - b) sowie für die Herstellung und Erhaltung ihrer Schlagkraft zu sorgen.
- (2) Der Erfüllung dieser Aufgaben dient die Feuerwehr im Besonderen dadurch, dass sie ihre für den Einsatz bestimmten Mitglieder
- a) zu freiwilliger Mitarbeit, zu unermüdlichem Einsatz sowie zu treuer Kameradschaft und Pflichterfüllung erzieht,
  - b) den Vorgaben des Landes-Feuerwehrverbandes entsprechend schult und einheitlich ausbildet, sodass sie befähigt sind, Brände erfolgreich zu bekämpfen sowie in Brandfällen und bei anderen Gefahren, Menschenleben, Tiere und Sachgüter zu retten, die Umwelt zu schützen, und dabei Sachschäden nach Möglichkeit zu verhindern,

c) durch interne Schulungen und Übungen entsprechend ausgebildet und ihnen den Besuch von Schulungen, insbesondere an der Landes-Feuerwehrschule, ermöglicht.

(3) Zu Hilfeleistungen, die ausschließlich im Rahmen der Sicherheitsverwaltung erfolgen, wie insbesondere Tätigkeiten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit (allgemeine Sicherheitspolizei), darf die Feuerwehr nicht herangezogen werden.

§ 3

Mitgliedschaft

Die Freiwillige Feuerwehr besteht aus:

- a) aktiven Mitgliedern,
- b) Mitgliedern der Reserve,
- c) Mitgliedern außer Dienst,
- d) Mitgliedern der Feuerwehrjugend und
- e) Ehrenmitgliedern.

§ 4

Aktive Mitglieder

(1) Als aktive Mitglieder dürfen nur Personen aufgenommen werden, die über die erforderliche gesundheitliche Eignung für den Feuerwehrdienst verfügen, den Anforderungen des Dienstes in der Feuerwehr genügen, einen guten Ruf genießen, das 15. Lebensjahr vollendet und das 60. Lebensjahr nicht überschritten haben. Diese Altersgrenze gilt nicht für aktive Mitglieder oder Mitglieder der Reserve einer Feuerwehr sowie für nach § 9 Abs. 1 lit. a oder c ausgeschiedene Mitglieder, die einer anderen Freiwilligen Feuerwehr als Mitglied beitreten wollen.

Bei Minderjährigen ist die schriftliche Zustimmung des gesetzlichen Vertreters erforderlich.

Mitglieder nach § 3 lit. a bis d dürfen keiner weiteren Freiwilligen Feuerwehr als Mitglied angehören. Sie können aber auf eigenen Wunsch mit Zustimmung des Kommandanten der Feuerwehr, der sie als Mitglied angehören von einer anderen Freiwilligen Feuerwehr zur Erbringung von Einsatzleistungen herangezogen werden. Sofern ein Mitglied einer Freiwilligen Feuerwehr den Beitritt zu einer weiteren Freiwilligen Feuerwehr erklärt, endet mit der Aufnahme durch den Kommandanten dieser Feuerwehr (Abs. 3) die Mitgliedschaft bei der anderen Freiwilligen Feuerwehr automatisch.

Mitglieder einer Betriebsfeuerwehr dürfen nur dann Mitglied einer Freiwilligen Feuerwehr oder einer Pflichtfeuerwehr sein, wenn dadurch der Betriebsbrandschutz nicht wesentlich beeinträchtigt wird und die Zustimmung der Betriebsleitung und des für die betreffende Freiwillige Feuerwehr oder Pflichtfeuerwehr örtlich zuständigen Bezirks-Feuerwehrenspektors vorliegt.

Mitglieder einer Berufsfeuerwehr dürfen einer Freiwilligen Feuerwehr als Mitglied angehören.

(2) Anträge um Aufnahme sind beim Kommandanten schriftlich einzureichen. Dies kann in jeder bei der Feuerwehr zur Verfügung stehenden, technisch möglichen Form erfolgen. Ein ärztliches Gesundheitszeugnis und eine Strafregisterbescheinigung können angefordert werden. Der Kommandant entscheidet nach Anhörung des Feuerwehrausschusses über die vorläufige Aufnahme.

(3) Jeder Aufgenommene wird zunächst durch den Kommandanten als Probefeuwehrmitglied auf ein Jahr verpflichtet. Nach erfolgreicher Ausbildung und einwandfreier Dienstleistung entscheidet der Feuerwehrausschuss über die endgültige Aufnahme. Aktive Mitglieder oder Mitglieder der Reserve einer Freiwilligen Feuerwehr sowie nach § 9 Abs. 1 lit. a oder c ausgeschiedene Mitglieder können anlässlich des Beitritts zu einer anderen Freiwilligen Feuerwehr vom Feuerwehrausschuss ohne Wartefrist endgültig aufgenommen werden.

(4) Nach der endgültigen Aufnahme hat das Mitglied mit Handschlag dem Kommandanten zu geloben: „Ich gelobe, meinen Vorgesetzten Gehorsam zu leisten, ein treues Mitglied zu sein, meine freiwillig übernommenen Pflichten pünktlich und gewissenhaft zu erfüllen und mich als freiwilliges Feuerwehrmitglied unter Einsatz meiner ganzen Kraft bereitzuhalten - Gott zur Ehr', dem Nächsten zur Wehr.“

(5) Dem Feuerwehrmitglied ist bei seiner endgültigen Aufnahme ein mit seinem Lichtbild versehener Ausweis (Feuerwehrcard) auszustellen. Alle wichtigen Vorgänge seiner Tätigkeit, insbesondere der Besuch von Aus- und Fortbildungen, Beförderungen und Auszeichnungen sind in der elektronischen Feuerwehr-Datenverarbeitung zu erfassen.

§ 5

Mitglieder der Reserve

(1) Aktive Mitglieder der Feuerwehr können auf eigenes Ansuchen, wenn mindestens 35 Dienstjahre bei Feuerwehren, die dem LFG unterliegen, abgeleistet wurden, der Reserve zugewiesen werden.

(2) Weiters sind aktive Mitglieder der Feuerwehr mit dem Ablauf des Jahres, in dem sie das 65. Lebensjahr vollendet haben, automatisch der Reserve zuzuweisen, sofern kein Ansuchen auf Außerdienst-Stellung gestellt wurde.

(3) Die Zugehörigkeit zur Reserve beginnt mit dem Tag der Zuweisung zur Reserve und endet spätestens nach Ablauf von fünf Jahren.

(4) Im Falle der Auflösung einer Freiwilligen Feuerwehr sind ihre Mitglieder der Reserve von jener Freiwilligen Feuerwehr aufzunehmen, die den Schutzbereich der aufgelösten Feuerwehr übernimmt. Kommen mehrere Freiwilligen Feuerwehren in Frage, so hat das Mitglied ein Wahlrecht, von welcher Feuerwehr es aufzunehmen ist.

§ 6

Mitglieder außer Dienst

(1) Aktive Mitglieder sind

- a) bei Verlust der erforderlichen gesundheitlichen Eignung für den Feuerwehrdienst,
- b) auf eigenes Ansuchen, wenn mindestens 35 Dienstjahre bei Feuerwehren, die dem LFG 2001 unterliegen, abgeleistet wurden,
- c) auf eigenes Ansuchen mit dem Ablauf des Jahres, in dem sie das 65. Lebensjahr vollendet haben, außer Dienst zu stellen.

(2) Mitglieder der Reserve sind

- a) bei Verlust der erforderlichen gesundheitlichen Eignung für den Feuerwehrdienst,
- b) auf eigenes Ansuchen,
- c) mit dem Ende der Zugehörigkeit zur Reserve (§ 5 Abs. 3)

außer Dienst zu stellen.

(3) Im Falle der Auflösung einer Freiwilligen Feuerwehr sind ihre Mitglieder außer Dienst von jener Freiwilligen Feuerwehr aufzunehmen, die den Schutzbereich der aufgelösten Feuerwehr übernimmt. Kommen mehrere Freiwilligen Feuerwehren in Frage, so hat das Mitglied ein Wahlrecht, von welcher Feuerwehr es aufzunehmen ist.

§ 7

Feuerwehrjugend

(1) Kinder und Jugendliche können ab dem Erreichen des 12. Lebensjahres zur Ausbildung in die Feuerwehrjugend eintreten; vor Vollendung des 15. Lebensjahres dürfen sie jedoch nicht als aktive Mitglieder herangezogen werden. § 4 Abs. 1 und 2 gilt sinngemäß.

(2) Besteht in der Feuerwehr keine Feuerwehr-Jugendgruppe, so ist die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen zu Ausbildungszwecken ab dem Erreichen des 14. Lebensjahres möglich. Jedoch dürfen sie vor Vollendung des 15. Lebensjahres nicht als aktive Mitglieder herangezogen werden.

(3) Die Einrichtung einer Feuerwehr-Jugendgruppe bzw. die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen gemäß Abs. 2 ist nur dann zulässig, wenn in der Feuerwehr ein geeigneter Betreuer zur Verfügung steht, welcher an der Landes-Feuerweherschule die Ausbildung zum Jugendbetreuer erfolgreich abgeschlossen hat.

(4) Nähere Regelungen betreffend die Organisation der Feuerwehrjugend ergehen durch Dienstanweisungen des Landes-Feuerwehrausschusses.

§ 8

Ehrenmitglieder

Zu Ehrenmitgliedern können vom Feuerwehrausschuss ernannt werden:

- a) besonders verdiente Mitglieder,
- b) Personen, die sich besondere Verdienste um das Feuerwehrwesen erworben haben.

Eine solche Ernennung ist dem Bezirks-Feuerwehrverband zur Kenntnis zu bringen.

§ 9

Ausscheiden aus der Feuerwehr

- (1) Das Mitglied scheidet aus:
  - a) durch ehrenvollen Abschied,
  - b) wenn es einer Erwachsenenvertretung bedarf,
  - c) durch Austritt,
  - d) durch Ausschluss.
- (2) Der ehrenvolle Abschied ist aufgrund eines beim Kommandanten einzureichenden schriftlichen Antrages durch den Feuerwehrausschuss zu gewähren, wenn
  - a) dem Mitglied infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen der Dienst in der Wehr unmöglich wird,
  - b) das Mitglied seinen Wohnsitz in eine andere Gemeinde verlegt,
  - c) dem Mitglied wegen seiner persönlichen oder beruflichen Verhältnisse nicht zugemutet werden kann, sich weiterhin im Feuerwehrdienst zu betätigen,
  - d) das Mitglied in eine Berufs- oder Betriebsfeuerwehr eintritt und aus diesem Anlass aus der Freiwilligen Feuerwehr ausscheidet.
- (3) Der Austritt ist schriftlich (§ 4 Abs. 2 zweiter Satz) über den Kommandanten dem Feuerwehrausschuss mitzuteilen.
- (4) Der Ausschluss hat zu erfolgen, wenn das Mitglied
  - a) wegen eines Verbrechens, das den Ausschluss vom Wahlrecht zum Gemeinderat zur Folge hat, verurteilt wurde,
  - b) das Ansehen der Feuerwehr geschädigt hat,
  - c) bei Alarm oder bei Schulungen und Übungen wiederholt ohne ausreichende Entschuldigung gefehlt oder den sonstigen Pflichten wiederholt grob zuwider gehandelt hat.
- (5) Über den Antrag auf ehrenvollen Abschied sowie über den Ausschluss entscheidet der Feuerwehrausschuss. Der Beschluss ist schriftlich auszufertigen. Gegen diese Entscheidung ist binnen zwei Wochen der Einspruch an den Bürgermeister zulässig, der endgültig entscheidet.
- (6) Die dem ausgeschiedenen Mitglied anvertrauten Ausrüstungsgegenstände sind unverzüglich der Feuerwehr zurückzugeben, sofern der Feuerwehrausschuss nichts anderes beschließt.

§ 10

Pflichten und Rechte der Mitglieder

- (1) Jedes aktive Mitglied ist verpflichtet,
  - a) sich bei Alarm nach Möglichkeit unverzüglich zur Hilfeleistung einzufinden,
  - b) bei jedem Dienst regelmäßig und pünktlich zu erscheinen,
  - c) sich durch vorbildliches Verhalten im und außer Dienst der Feuerwehr würdig zu erweisen,
  - d) allen Mitgliedern der Feuerwehr ein guter Kamerad zu sein,
  - e) die ihm übergebenen Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände sorgfältig zu behandeln,
  - f) sich in Schulungen und Übungen das für den Einsatz erforderliche Wissen und Können anzueignen und Aufforderungen zum Besuch von Schulungen, insbesondere an der Landes-Feuerweherschule, Folge zu leisten,
  - g) die dienstlichen Anweisungen seiner Vorgesetzten zu befolgen,
  - h) die Unfallverhütungsvorschriften einzuhalten.
- (2) Aktive Mitglieder haben das Recht,
  - a) in der Hauptversammlung Anträge zu stellen und zu wählen,
  - b) bei Erfüllung der Voraussetzungen des § 4 Abs. 2 und 3 LFG in eine Funktion gewählt zu werden,
  - c) nach Maßgabe der einschlägigen Bestimmungen eine Unterstützung aus dem Kameradschaftsfonds in Anspruch zu nehmen.
- (3) Für Mitglieder die auch einer Betriebs- oder Berufsfeuerwehr angehören, gelten die Bestimmungen des Abs. 1 lit. a und b nur für Zeiträume, in denen sie nicht für Dienste in der Betriebs- oder Berufsfeuerwehr eingeteilt sind.

(4) Für Mitglieder einer anderen Feuerwehr, die zu Einsatzleistungen herangezogen werden, gelten die Bestimmungen des Abs. 1 lit. c bis f und des Abs. 2 lit. c. Für jene Zeiträume, in denen sie an Übungen und Einsätzen teilnehmen, gelten überdies die Bestimmungen des Abs. 1 lit. a, b, g und h.

(5) Für Mitglieder der Reserve gelten die Bestimmungen des Abs. 1 lit. c, d, e, g und h sowie des Abs. 2 lit. a und c sinngemäß mit der Maßgabe, dass die Teilnahme an Schulungen, Übungen und Einsätzen weiterhin möglich ist.

(6) Für Mitglieder außer Dienst gelten die Bestimmungen des Abs. 1 lit. c, d, e, g und h und des Abs. 2 lit. a und c sinngemäß.

(7) Für die Mitglieder der Feuerwehrjugend gelten die Bestimmungen des Abs. 1 lit. b bis h und des Abs. 2 lit. c sinngemäß.

(8) Ehrenmitglieder sind berechtigt, an den allgemeinen Veranstaltungen und Versammlungen teilzunehmen.

§ 11

Organe

Die Organe der Freiwilligen Feuerwehr sind:

- a) die Hauptversammlung,
- b) der Feuerwehrausschuss,
- c) der Feuerwehrkommandant.

§ 12

Hauptversammlung

(1) Die Hauptversammlung besteht aus den aktiven Mitgliedern, den Mitgliedern der Reserve, den Mitgliedern außer Dienst, den Mitgliedern der Feuerwehrjugend und den Ehrenmitgliedern.

(2) Stimmberechtigt in der Hauptversammlung sind die aktiven Mitglieder, die Mitglieder der Reserve und die Mitglieder außer Dienst zum Stichtag 1.1. des Jahres der Hauptversammlung. Bei der konstituierenden Hauptversammlung einer neu gebildeten Feuerwehr sind jene Gemeindebewohner stimmberechtigt, die bis zum Ablauf des Tages der dem Tag der Hauptversammlung vorangeht, ihren Beitritt nach § 2 LFG 2001 erklärt haben.

(3) Der Hauptversammlung sind vorbehalten:

- a) die Entgegennahme des Jahresberichtes,
- b) die Entgegennahme des Rechnungsabschlusses und der angeschlossenen Berichte des Kassiers und der Rechnungsprüfer,
- c) die Entlastung der Funktionsträger (lit. d) auf der Grundlage des Berichtes der Rechnungsprüfer,
- d) die Wahl des Kommandanten, seines Stellvertreters, des Kassiers und des Schriftführers,
- e) die Wahl der Rechnungsprüfer aus den Reihen der Mitglieder.

(4) Die ordentliche Hauptversammlung hat grundsätzlich alljährlich im ersten Kalender-Vierteljahr stattzufinden. Aufgrund von regionalen Erfordernissen oder außergewöhnlichen Ereignissen kann die Hauptversammlung bereits im vorangehenden vierten Kalender-Vierteljahr oder im zweiten Kalender-Vierteljahr stattfinden. Dies bedarf jedoch der Zustimmung des Bürgermeisters und des Bezirks-Feuerwehrenspektors. Zur Hauptversammlung sind auch der Bürgermeister, der Bezirks-Feuerwehrkommandant, der Bezirks-Feuerwehrenspektor und der Abschnittskommandant einzuladen.

(5) Außerordentliche Hauptversammlungen sind auf Anordnung des Kommandanten, auf Verlangen des Bürgermeisters, des Landes-Feuerwehrenspektors, des Bezirks-Feuerwehrkommandanten, des Bezirks-Feuerwehrenspektors oder dann einzuberufen, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder die Einberufung schriftlich unter Angabe des Grundes verlangt; im Falle eines solchen Verlangens hat die Hauptversammlung binnen drei Wochen nach dessen Einlangen beim Kommandanten stattzufinden.

(6) Die Einladung zur Hauptversammlung hat mindestens zwei Wochen vor dem Sitzungstag schriftlich (§ 4 Abs. 2 zweiter Satz) unter Mitteilung der Tagesordnung, zu erfolgen.

(7) Anträge an die Hauptversammlung sind spätestens eine Woche vor der Sitzung schriftlich (§ 4 Abs. 2 zweiter Satz) beim Kommandanten einzubringen. Wird ein Antrag nicht rechtzeitig eingebracht, so kann über ihn nur dann verhandelt und beschlossen werden, wenn eine Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen dafür stimmen. Wahlvorschläge können noch in der Hauptversammlung selbst eingebracht werden.

(8) Die Hauptversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der aktiven Mitglieder anwesend ist. Kommt die Beschlussfähigkeit nicht zu Stande, so ist die Hauptversammlung nach Ablauf einer halben Stunde ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder jedenfalls beschlussfähig.

(9) Zu einem gültigen Beschluss der Hauptversammlung ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. In der Regel findet eine offene Abstimmung statt. Auf Verlangen der Hälfte der anwesenden Stimmberechtigten oder auf Anordnung durch den Vorsitzenden kann die Abstimmung geheim durchgeführt werden.

(10) In der Hauptversammlung kann bei der Verhandlung über ein und denselben Gegenstand jedem Redner nur zwei Mal das Wort erteilt werden. Zu tatsächlichen Berichtigungen ist das Wort aber jederzeit zu erteilen. Wenn ein Redner vom Gegenstand der Verhandlung abweicht, kann ihn der Vorsitzende „zur Sache“, wenn er Personen in unberufener und beleidigender Weise verunglimpft, „zur Ordnung“ rufen und zur sofortigen Zurücknahme der Beleidigung auffordern. Bei Nichtbeachtung einer zweimaligen Verweisung oder bei Weigerung, eine Beleidigung zurück zu nehmen, kann dem Redner das Wort entzogen werden. Auf Antrag können bestimmte Verhandlungsgegenstände vom Vorsitzenden für vertraulich erklärt werden.

(11) Über jede Sitzung ist eine vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnende Niederschrift aufzunehmen, die insbesondere die gefassten Beschlüsse zu enthalten hat. Die Verlesung der letzten Niederschrift ist erster Punkt der Tagesordnung nach Feststellung der Beschlussfähigkeit jeder Sitzung. Von ihr kann durch Beschluss Abstand genommen werden.

§ 13

Feuerwehrausschuss

(1) Der Feuerwehrausschuss besteht aus den von der Hauptversammlung gewählten Funktionsträgern (§ 12 Abs. 3 lit. d) und den vom Kommandanten für diese Funktionsperiode ernannten Dienststellungen (Gerätewart, Obermaschinist, Zugs- und Gruppenkommandanten).

Dem Feuerwehrausschuss können weitere Sachbearbeiter mit beratender Stimme beigezogen werden.

(2) Die Funktionsperiode des Feuerwehrausschusses beginnt mit der Wahl der Funktionsträger (§ 12 Abs. 3 lit. d), die alle 5 Jahre ab dem Jahr 2023 zu erfolgen hat.

(3) Der Feuerwehrausschuss beschließt in allen Angelegenheiten, soweit die Beschlussfassung nicht anderen Organen übertragen ist. Insbesondere obliegt ihm:

- a) die Erstellung des Voranschlages,
- b) die Verfassung des Jahresberichtes,
- c) die Festsetzung der Tagesordnung der Hauptversammlung,
- d) die Beschlussfassung über Anträge auf Anschaffungen,
- e) die Erstattung von Wahlvorschlägen und Anträgen für Dienststellungen,
- f) die Bestimmung der delegierten Mitglieder für den Bezirks-Feuerwehrtag,
- g) die Bearbeitung von Ansuchen um Unterstützung aus dem Landes-Feuerwehrfonds,
- h) die endgültige Aufnahme und Überstellung von Mitgliedern sowie die Entscheidung über deren Ausscheiden,
- i) die Ernennung von Ehrenmitgliedern,
- j) die Erstattung von Vorschlägen für Ehrungen und Auszeichnungen.

(4) Die Sitzungen des Feuerwehrausschusses sind nach Bedarf, mindestens jedoch vierteljährlich, einzuberufen. Der Kommandant muss den Feuerwehrausschuss binnen acht Tagen einberufen, wenn es vom Bürgermeister, vom Landes- oder Bezirks-Feuerwehrintspektor, vom Bezirks-Feuerwehrkommandanten oder von einem Drittel seiner Mitglieder verlangt wird. Von der Sitzung ist jedes Ausschussmitglied drei Tage vorher zu verständigen. Sitzungen des Feuerwehrausschusses während oder unmittelbar nach einer Hauptversammlung können ohne vorige Verständigung stattfinden, wenn die Sitzung während der Hauptversammlung einberufen wird.

(5) Der Feuerwehrausschuss ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder des Ausschusses ordnungsgemäß eingeladen wurden (Abs. 4) und mindestens die Hälfte seiner Mitglieder, darunter der Kommandant oder sein Stellvertreter, anwesend sind. Hinsichtlich der Beschlussfassung gilt § 12 Abs. 9 erster Satz sinngemäß, hinsichtlich der Niederschrift § 12 Abs. 11.

§ 14

Kommandant

(1) Der Kommandant leitet die Feuerwehr. Er führt das Kommando bei allen Einsätzen, den Vorsitz in der Hauptversammlung und im Feuerwehrausschuss, sowie die laufende Verwaltung und vertritt die Freiwillige Feuerwehr nach außen.

(2) Ferner obliegen ihm:

- a) die Einteilung der einzelnen Gruppen und Züge nach Anhörung des Feuerwehrausschusses,
- b) die Bestellung und Abberufung aller nicht zu wählenden Dienststellungen,
- c) die Einberufung zu Übungen, Ausrückungen, Sitzungen und Versammlungen,
- d) die Aufsicht über die Instandhaltung der Feuerwehrgeräte und -einrichtungen,
- e) die Überprüfung der Standeslisten,
- f) die Ausfertigung der Einsatzberichte,
- g) die Berichterstattung an die Gemeinde,
- h) die fristgerechte Meldung von Unfällen und Schäden an das Landes-Feuerwehrkommando im Dienstweg,
- i) die Teilnahme am Bezirks-Feuerwehrtag, an Dienstbesprechungen und Dienstversammlungen,
- j) die Beantragung der Ausstellung der Dienstausweise (Feuerwehrcard),
- k) die Erstellung des Dienstpostenplans.

§ 15

Sonstige Dienststellungen

(1) In der Feuerwehr sind außer dem Kommandanten, seinem Stellvertreter, dem Kassier und dem Schriftführer folgende Dienststellungen zu besetzen:

- a) die erforderliche Anzahl an Gruppenkommandanten,
- b) die erforderliche Anzahl an Zugskommandanten,
- c) der Obermaschinist,
- d) der Gerätewart,
- e) soweit erforderlich, Sachbearbeiter für verschiedene Bereiche.

(2) Die Besetzung und Änderung der Dienststellungen nach Abs. 1 obliegt dem Kommandanten.

§ 16

Teilnahme an Sitzungen

Der Landes- und der Bezirks-Feuerwehrinspektor, der Landes- und der Bezirks-Feuerwehrkommandant oder deren Bevollmächtigte sowie der Bürgermeister oder sein Stellvertreter sind berechtigt, an der Hauptversammlung und an den Sitzungen des Feuerwehrausschusses mit beratender Stimme teilzunehmen.

§ 17

Einnahmen und Gebarung

(1) Der Bedarf der Feuerwehr wird

- a) aus den von der Gemeinde gemäß § 26 Abs. 1 und 2 LFG 2001 zu leistenden Aufwendungen,
- b) aus Einnahmen, die sie auf Grund von Leistungen erzielt, die über die Feuerwehr-Tarifordnung abgegolten werden (§ 26 Abs. 3 LFG 2001),
- c) aus Zuwendungen aus dem Landes-Feuerwehrfonds (§ 29 LFG 2001),
- d) aus dem Katastrophenfonds und
- e) aus der Kameradschaftskasse
- f) bestritten.

(2) Die Gebarung der Feuerwehr einschließlich der Einhebung der Kostenersätze nach der Feuerwehr-Tarifordnung wird über den Haushalt der Gemeinde abgewickelt. Lediglich die Führung einer Kameradschaftskasse wird im eigenen Wirkungsbereich der Feuerwehr besorgt.

(3) Das Verwaltungsjahr der Feuerwehr entspricht dem Verwaltungsjahr der Gemeinde.

§ 18

Führung der Kasse und Verwaltung des Vermögens

- (1) Die Führung der Kasse und die Verwaltung des Vermögens der Feuerwehr obliegen dem Kassier.
- (2) Insbesondere hat der Kassier folgende Aufgaben wahrzunehmen:
  - a) die Abwicklung der Einnahmen und Ausgaben, insbesondere für Verpflegung bei Einsätzen, Übungen und Veranstaltungen,
  - b) die Verwaltung und Verwahrung der Kassen- und Vermögensbestände,
  - c) die Besorgung der Buchungen,
  - d) die geordnete Ablage und Aufbewahrung der Belege und der Kassenbücher,
  - e) die Vorbereitung des Voranschlages und des Zuschussbedarfes seitens der Gemeinde,
  - f) die Erstellung des Rechnungsabschlusses und des Berichtes an die Hauptversammlung,
  - g) die Führung von Inventaraufzeichnungen.

§ 19

Kameradschaftskasse

(1) Die Freiwillige Feuerwehr hat das Recht, für interne Zwecke, insbesondere zur Pflege der Kameradschaft, eine Kameradschaftskasse zu führen.

(2) Die Mittel der Kameradschaftskasse werden durch Erlöse aus Veranstaltungen, Sammlungen, Zuschüsse der Gemeinde, Kostenersätze für Mannschaftsleistungen sowie Spenden und sonstige Zuwendungen aufgebracht.

(3) Mit den Mitteln aus der Kameradschaftskasse sollen insbesondere folgende Ausgaben bestritten werden:

- a) Verpflegung bei Einsätzen, nach Übungen und bei Veranstaltungen,
- b) Kostenbeiträge für die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen nach Beschlussfassung durch den Feuerwehrausschuss,
- c) Pflege der Kameradschaft.

(4) Die Einnahmen und Ausgaben der Kameradschaftskasse sind über eine Barkasse bzw. über ein eigenes Bank- bzw. Sparkonto lautend auf die Freiwillige Feuerwehr abzuwickeln. Dabei gilt der Grundsatz, dass jeder Beleg vom Kassier und vom Kommandanten abzuzeichnen ist. Ohne schriftliche Ermächtigung des Kommandanten ist es dem Kassier nicht erlaubt, Auszahlungen vorzunehmen. Die Eröffnung und Schließung von Bank- bzw. Sparkonten hat durch den Kommandanten gemeinsam mit dem Kassier zu erfolgen. Für die Eröffnung, Schließung und Bewirtschaftung des Bank- bzw. Sparkontos gilt der Grundsatz, dass der Kassier und der Kommandant gemeinsam zeichnungsberechtigt sind (Kollektivzeichnung). Im Rahmen der Bewirtschaftung kann der Kommandant von seinem Stellvertreter vertreten werden. Abweichend hiervon kann der Feuerwehrausschuss für die Bewirtschaftung insbesondere im Falle der Verhinderung eines Zeichnungsberechtigten im Einzelfall beschließen, dass der Kommandant oder der Kassier einzelzeichnungsberechtigt ist.

(5) Die Belege sind fortlaufend zu nummerieren und geordnet abzulegen. Auf dieser Grundlage ist die Gebarung der Kameradschaftskasse in einfacher Form aufzuzeichnen, wobei sämtliche Einnahmen und Ausgaben in chronologischer Reihenfolge getrennt nach Zahlwegen zu erfassen sind. Die Aufzeichnungen müssen so erfolgen, dass jederzeit die aktuellen Stände nachvollzogen werden können. Sofern es die Zahl der Geschäftsfälle erfordert, ist monatlich ein Zwischenabschluss zu erstellen, der vom Kommandanten zu unterfertigen ist.

(6) Die Kassen- und Vermögensbestände sind sicher aufzubewahren.

(7) Im Falle der Auflösung der Freiwilligen Feuerwehr sind die verbliebenen Mittel der Kameradschaftskasse von der Gemeinde für den Zweck der Kameradschaftspflege jenen Feuerwehren zur Verfügung zu stellen, die den Schutzbereich der aufgelösten Feuerwehr übernommen haben.

§ 20

Inventarverzeichnis

(1) Für die in Verwendung der Feuerwehr stehenden beweglichen Anlagegüter ist ein Inventarverzeichnis auf vorgesehenen „Inventarkontoblättern“ und im Feuerwehr-Datenverwaltungsprogramm zu führen und eine Gliederung nach Gruppen (Fahrzeuge und Anhänger, Pumpen und motorbetriebene Geräte, Einrichtungsgegenstände, Maschinen und maschinelle Anlagen, Armaturen und Schläuche, Gerätschaften und Werkzeuge, Dienst- und Einsatzbekleidung) vorzunehmen.

(2) Aus dem Verzeichnis müssen der Bestand, der Eigentümer, der Anschaffungswert, das Anschaffungsdatum und alle Bestandsveränderungen entnommen werden können. Bei Maschinen und Geräten sind auch die Fabrikationsnummern anzugeben. Die derart aufgenommenen Gegenstände sind mit einer dauerhaften, dem Einsatzzweck entsprechenden Markierung als Eigentum der Feuerwehr zu kennzeichnen.

§ 21

Rechnungsabschluss

(1) Nach Ablauf des Rechnungsjahres hat der Kassier den Rechnungsabschluss der Kameradschaftskasse zu erstellen, der auch den am Jahresende vorhandenen Stand an Kassen- und Vermögensbeständen auszuweisen hat. Dem Rechnungsabschluss ist ein Bericht mit einer gegliederten, nach Sachbereichen geordneten Darstellung der Einnahmen und Ausgaben anzuschließen.

(2) Der Rechnungsabschluss ist nach Prüfung durch die Rechnungsprüfer der Hauptversammlung vorzulegen.

§ 22

Rechnungsprüfer

(1) Kontrollorgane der Feuerwehr sind die auf Dauer einer Funktionsperiode gewählten Rechnungsprüfer, welche nicht dem Feuerwehrausschuss angehören dürfen.

(2) Ihnen kommen folgende Aufgaben zu:

- a) die laufende Prüfung der Belege auf ihre sachliche und rechnerische Richtigkeit, der Auszahlungsanweisungen des Kommandanten und des Vorliegens von Beschlüssen des Feuerwehrausschusses bei Kostenbeiträgen und einmaligen Anschaffungen,
- b) die Kontrolle der Abwicklung der Geldgebarung, insbesondere der Einhaltung der Kollektivzeichnung und die Überprüfung, ob die vorhandenen Geldbestände mit den Aufzeichnungen übereinstimmen,
- c) die Überprüfung der Vollständigkeit der Buchhaltung und der Inventaraufzeichnungen,
- d) die Prüfung des Rechnungsabschlusses samt den angeschlossenen Berichten,
- e) die Erstellung eines kurzen schriftlichen Berichts über die Prüfung des Rechnungsabschlusses und die Verlesung des Berichts bzw. die Berichterstattung über die Prüfung des Rechnungsabschlusses in der Hauptversammlung,
- f) die Stellung des Antrages auf Entlastung des Feuerwehrausschusses durch die Hauptversammlung.

§ 23

Schiedsgerichtsbarkeit

(1) Über Streitigkeiten in Feuerwehrangelegenheiten zwischen den Mitgliedern untereinander entscheidet der Feuerwehrausschuss.

(2) Über Streitigkeiten in Feuerwehrangelegenheiten zwischen den Mitgliedern und dem Kommandanten oder dem Feuerwehrausschuss entscheidet ein aus fünf Mitgliedern bestehendes Schiedsgericht. Die Schiedsrichter müssen in der Hauptversammlung stimmberechtigte Mitglieder sein.

(3) Das Schiedsgericht wird wie folgt gebildet: Jeder Streitteil bestimmt zwei Schiedsrichter. Diese wählen dann einen fünften Schiedsrichter zum Vorsitzenden. Kommt hierüber keine Einigung zustande, bestimmt den Vorsitzenden der Bezirks-Feuerwehrkommandant.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet endgültig.